

zeichnis hätte durchgearbeitet werden müssen“. Man kann den Autor ja verstehen, der von seinem Arbeitsaufwand überwältigt, derlei Zumutungen von sich weisen möchte, ja eine solche Äußerung macht ihn geradezu sympathisch – im Text zu suchen hat sie jedoch nichts. Zeitweise hat man sogar das Gefühl, in einem »Datenbrei« mit Kommentar zu waten. Es bedarf schon großen Interesses, um die Lektüre zu »überstehen« und das Gemeinte jeweils zu erfassen. Ein wenig Beratung durch das Lektorat – zwischen Promotion und Drucklegung der Arbeit lag immerhin ein Zeitraum von vier Jahren – hätte der Studie sicherlich gutgetan.

Nicht zuletzt bleibt die ketzerische Frage: Hätten viele der Ergebnisse nicht auch ohne den praktizierten Aufwand erzielt werden können? Oder andersherum gewendet: Kann die »Datenschlacht« (S. 390) zu den offenen Fragen der Stadtgeschichtsschreibung, wie z. B. der nach der Entwicklung von Stadtviertelkulturen, tatsächlich mehr geben als Anregungen? Ist sie dann aber auch noch verantwortbar und sinnvoll? Dessen ungeachtet: Es handelt sich um ein höchst interessantes, methodisch äußerst reflektiertes Buch, das den Autor als kenntnisreichen und innovativen Historiker ausweist. *Karl Heinrich Pohl, Bielefeld*

Mary McAuley, *Bread and Justice. State and Society in Petrograd 1917–1922*, Clarendon Press, Oxford 1991, XVIII + 461 S., geb., 48 £.

In den Jahren zwischen Oktoberrevolution und beginnender Neuer Ökonomischer Politik veränderte sich Petrograd radikal. Die Bevölkerung hatte unendlich zu leiden – an Hunger, an fehlendem Brennmaterial im Winter, an Seuchen und anderen Krankheiten, am Zusammenbruch der Industrie. Viele Einwohner versuchten, sich der Not zu entziehen, indem sie aufs Land flohen. Weltkrieg und Bürgerkrieg forderten auch unter den Petrogradern zahlreiche Opfer. Anfang der 1920er Jahre wohnten nur noch halb so viele Menschen in der Stadt wie in der Vorkriegszeit. Ganze Straßenzüge waren verödet; Petrograd ähnelte einer »Geisterstadt« (S. 267). Zugleich hatten sich Einstellungen und Verhaltensweisen der Städter ebenso grundlegend gewandelt wie die politischen Verhältnisse.

In der ersten Phase nach der Oktoberrevolution war das Leben in der Stadt von widersprüchlichen Faktoren geprägt. Chaos und Willkürhandlungen überwogen zunächst. Erst nach und nach sicherten die Bolschewiki und ihre Verbündeten ihre soeben errungene Macht und gingen daran, Ausschreitungen, Kriminalität, aber auch spontane Enteignungen und ähnliche Vorgehensweisen allmählich unter Kontrolle zu bringen. Der ČK, der Geheimpolizei, fiel dabei wachsende Macht zu. Der Übergang zum »roten Terror« während des Bürgerkrieges ermöglichte es ihr, ohne Gerichtsurteil gegen Verdächtige vorzugehen; davon waren auch viele Unschuldige betroffen. Auf der anderen Seite erhofften sich weite Teile der Bevölkerung, vor allem in der Arbeiterschaft, von der Revolution eine Beseitigung der Armut und die Schaffung einer gerechten Gesellschaft. Dafür traten sie in Meetings, Demonstrationen und Streiks ein, deshalb unterstützten sie radikale Konzepte zur Umwandlung der Wirtschaft und des politischen Systems. Die Bolschewiki bekamen den Unmut darüber, daß der Fortgang der Revolution zu schleppend vorankam, 1918 durchaus zu spüren.

Sie entschieden sich dafür, die Staatsmacht zu stärken, um die anstehenden Probleme zu lösen. Dies bedeutete nicht nur eine wachsende Zentralisierung und Disziplinierung, sondern auch ein Zurückdrängen von Selbstverwaltungsorganen wie Fabrikkomitees oder Bezirks-Räten, in denen der Wunsch nach dem Aufbau einer neuen politischen Ordnung von unten besonders entschieden vertreten wurde. Gewiß begünstigten die Not und die Erfordernisse des Bürgerkrieges diese Entwicklung: Mit allen Mitteln mußte versucht werden,

die Ernährungs- und Wohnsituation zu verbessern sowie die hohe Sterblichkeit einzudämmen. Erfolge waren zwar zu verzeichnen, doch wirkten sie nur wie ein Tropfen auf dem heißen Stein. Bei allen Bestrebungen, die Verteilung des Wenigen – dem Anspruch gemäß – so egalitär wie möglich zu organisieren, waren doch Mißbräuche nicht zu übersehen. Verständlicherweise entlud sich die zunehmende Unzufriedenheit der Menschen gegen die scheinbaren oder tatsächlichen Nutznießer des Rationierungssystems. Forderungen nach völliger Gleichheit der Rationen, nach härteren Strafen gegen Profiteure, Privathändler und Spekulanten, dann auch nach freiem Handel wurden laut.

1920, als der Bürgerkrieg seinem Ende entgegenging, zeigte sich noch einmal die Offenheit der Situation. Erneut machte sich Aufbruchstimmung breit – jetzt werde es möglich sein, die ursprünglichen Ziele der Revolution zu verwirklichen und dem Kommunismus näher zu kommen. Im Bildungs- und Kulturbereich gab es – trotz zahlreicher Konflikte im einzelnen – viel Zustimmung zu den Programmen der Bolschewiki. Die Petrograder Parteiorganisation bestand auch keineswegs nur aus Gewaltfanatikern und machthungrigen Politikern, sondern es gab sehr vielfältige Strömungen, und die ursprünglichen Ansprüche wurden durchaus ernst genommen. So stand die Mehrheit der Einführung des »roten Terrors« skeptisch gegenüber und beugte sich erst dem Beschluß der Moskauer Zentrale. Aber die Petrograder Bolschewiki spürten auch die Enttäuschung selbst mancher Anhänger, die Entfremdung zur Bevölkerung, weil bei allen schönen Konzepten sich die Lage nicht besserte.

Die Partei versuchte daraufhin verhältnismäßig hilflos, sich zu öffnen, den Zentralisierungsgrad zu verringern, mehr Menschen »von der Basis« in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Es war zu spät. Die Unzufriedenheit hatte ein solches Stadium erreicht, daß sie sich Anfang 1921 in einer Welle von Demonstrationen und Streiks Luft machte. Auf das Ausmaß der Verzweiflung und der Unsicherheit bei der Einschätzung der Krise deuten antisemitische Tendenzen hin. Den Forderungen der Demonstranten wurde weitgehend entsprochen. Zugleich nahm aber die Gewalt der ČK wieder zu. Die Partei entschied sich, nun die bisherige Trennung von den Regierungsorganen aufzugeben und selbst die Macht voll zu übernehmen. Sie versprach, durch diese Konzentration der Kräfte endlich die Probleme zu lösen und die Ziele des Oktobers 1917 einzulösen. Wiederum gelang dies nicht – die Kluft zur Bevölkerung wurde dadurch immer größer, ebenso die Entfernung von den ursprünglichen Ansprüchen.

Die Arbeit beruht im wesentlichen auf der Auswertung von zeitgenössischen Zeitungen, Zeitschriften, Periodika und sonstigen Publikationen, die eine außerordentlich dichte Materialgrundlage liefern. Bei Mary McAuleys ansonsten beeindruckendem Überblick über die Literatur ist es bedauerlich, daß sie die doch recht intensive deutsche Forschung – besonders einschlägig wäre Falk Dörings 1970 erschienene Studie über Organisationsprobleme der russischen Wirtschaft im Nordrussland zwischen 1918 und 1920 gewesen – nicht zur Kenntnis nehmen konnte. Leider ist dies ein Grundproblem der internationalen wissenschaftlichen Diskussion und erschwert den Austausch der Argumente oder macht ihn zumindest etwas einseitig. Hier wäre vermutlich an einigen Stellen die Interpretation noch dichter ausgefallen. Doch soll diese Bemerkung den Wert der Untersuchung nicht mindern. Mary McAuley gelingt es, die Mikro-Geschichte der Stadt und ihrer Quartiere mit den allgemeinen gesellschaftlichen Strukturen und Entwicklungen zu verbinden. Sie zeigt, wie sich vor dem Hintergrund von Stimmungen in der Bevölkerung, von deren Wünschen und Verhaltensweisen, die Einstellung der Petrograder Bolschewiki zu den Formen der Machtausübung wandelte. Diese handelten keineswegs nach einer festen Strategie, vielfach reagierten sie nur. Je größer die Kluft zwischen Ansprüchen, Versprechungen und praktischen Möglichkeiten, sie zu erfüllen, wurde, desto mehr wuchs die Bereitschaft, weiter zu zentralisieren und gewaltsame Mittel einzusetzen. Das Scheitern der Bemühungen, die Arbeiter wieder mehr zu integrieren, die Enttäuschung über die Unzulänglichkeit der eigenen

Politik trafen sich mit der Enttäuschung und Erbitterung der Bevölkerung über die nicht verwirklichten Ziele der Revolution. Das Experiment, diese über eine immer stärkere Betonung der Staatsmacht anzustreben, blieb erfolglos.

Die radikalen Hoffnungen der Petrograder Bevölkerung, namentlich der ärmeren Schichten, hatten sich nicht erfüllt. Die Erinnerung an diejenigen, die zwischen 1917 und 1922 den Weg zu einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft ohne Armut und Ungleichheit suchten, und an diejenigen, die unter dem Fehlschlag dieses Experimentes leiden mußten, könnte möglicherweise bei einem neuen Anlauf helfen. So widmet Mary McAuley, die ihre Sympathie für einen demokratischen Sozialismus nicht verhehlt, ihr Buch all diesen Menschen sowie denjenigen, die es demnächst noch einmal wagen wollen, den Weg zu finden, »to create a socialist society in which bread and justice are taken for granted, and all its members are equally valued« (S. 430).

Heiko Haumann, Basel

Christiane Uhlig, Utopie oder Alptraum? Schweizer Reiseberichte über die Sowjetunion 1917–1941, Hans Rohr Verlag, Zürich 1992, 432 S., brosch., 108 DM.

Seit das moskowitzische Rußland in der frühen Neuzeit in den Blick Europas getreten war, dienten Reiseberichte stets als eine interessante Quelle über das ferne Land im Osten. Wenngleich die Darstellungen zunehmend differenzierter wurden, eine bestimmte Färbung enthielten die meisten: Sie variierte vom utopischen Land des Heils bis hin zum Schreckenland der Barbarei und Rückständigkeit. Das Jahr 1917 polarisierte die Beobachter, die sich an Ort und Stelle kundig machten, um so stärker.

Daß es zahlreiche Reiseberichte über die Sowjetunion von deutschen, englischen und US-amerikanischen Autoren gibt, ist bekannt. Christiane Uhlig füllt mit ihrer Zürcher Dissertation eine Lücke. Sie hat über 40 Reiseberichte von Schweizern unterschiedlicher sozialer Herkunft erfaßt, die in der Zwischenkriegszeit in die Sowjetunion gereist sind. Die Autorin liefert zuerst einen Abriß der schweizerisch-sowjetischen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, um den Entstehungshintergrund der Reiseberichte klarzumachen: Es war dies der Abbruch der diplomatischen Beziehungen 1918 (Wiederaufnahme erst 1946), die zum Teil brüske Ablehnung der Annäherungsversuche der Revolutionäre, die einen Teil ihres Lebens in der Schweiz zugebracht hatten. Zu den neuen Machthabern in Rußland aufgestiegen, wollte die schweizer Diplomatie mit ihnen nichts zu tun haben, besonders nicht nach dem Landesgeneralstreik von 1918. Der Antikommunismus grassierte, die schweizer Sozialisten waren gespalten und kamen politisch kaum in Schwung.

Der erste Reisebericht einer sozialistischen Delegation stammt aus dem Jahr 1920, der letzte von Uhlig untersucht wurde kurz nach dem deutschen Überfall 1941 verfaßt. Systematisch untersucht die Autorin ihre Quellen: die Darstellung der Hauptstadt Moskau, Fabriken und Fabrikalltag, Alltagsleben der Bevölkerung, Kultur und Bildung. Für Schweizer besonders interessant erwies sich die gänzlich andersartige Rolle der Frau in der Sowjetunion. Während die Arbeiterdelegation erwartungsgemäß bilanzierte: »Ein Land, das die Frauen so arbeiten läßt, ist nicht mehr zu besiegen [. . .]«, konstatierte – ebenso erwartungsgemäß – ein weniger sympathisierender Betrachter lediglich die »Freiheit des Krüppelns« (S. 263 f.).

Insgesamt zeigt sich, daß die Reiseberichte keineswegs die Kompliziertheit der sowjetischen Verhältnisse widerspiegeln. Allen Beobachtern gerieten naturgemäß nur Ausschnitte in den Blick, die allzu oft verallgemeinert wurden. Viele Autoren sahen nur das, was sie sehen wollten, und es bestätigt sich die Regel, daß ein Urteil um so leichter fällt, je weniger